

heit. Die Deutsche Demokratische Republik handelt damit in Übereinstimmung mit dem Gebot des Völkerrechts, das jeden Staat verpflichtet, eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen ARTIKEL 6 Achtung und Gleichberechtigung mit allen Staaten zu pflegen.

4. *Im Absatz 4 ist festgelegt, daß die Deutsche Demokratische Republik ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und eine stabile Friedensordnung in der Welt erstrebt und daß sie sich für die allgemeine Abrüstung einsetzt.*

Die Deutsche Demokratische Republik strebt seit jeher nach einem System der Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Das zeigte sich bei der Unterstützung der von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterbreiteten Vorschläge zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems und der von der Volksrepublik Polen entwickelten Vorschläge über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und andere.

Die Deutsche Demokratische Republik ist Mitverfasser des vom Politischen Beratenden Ausschuß der Länder des Warschauer Vertrages im Juli 1966 den Völkern und Staaten Europas unterbreiteten konstruktiven Programms zur Schaffung der europäischen Sicherheit sowie der Vorschläge zur europäischen Sicherheit, die von der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary unterbreitet wurden. Die Deutsche Demokratische Republik setzt sich konsequent für die Beseitigung der Haupthindernisse der europäischen Sicherheit, der Bonner Alleinvertretungsanmaßung, des Strebens des westdeutschen Imperialismus nach Veränderung der europäischen Grenzen und nach Besitz von Kernwaffen ein.

Im gleichen Maße unterstützt die Deutsche Demokratische Republik auch alle Entspannungsschritte in der Welt, z. B. die teilweise und allgemeine Abrüstung, den Abschluß des Atomwaffensperrvertrages und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa, Skandinavien und Südosteuropa. Demgegenüber war die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik bisher nicht nur bemüht, jeden sich anbahnenden Schritt zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu torpedieren, sondern von ihrer Politik geht die Hauptgefahr für den Frieden in Europa aus. Die Regierung Westdeutschlands ist die einzige Regierung in Europa, die den Status quo in Europa nicht anerkennt, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen europäischen Grenzen ändern will und die Beseitigung beziehungsweise Zerstückelung anderer Staaten zum Ziele hat. Aus diesem Grunde